

Bildungsrepublik Deutschland Teil II – Welche Bildung braucht unsere Gesellschaft?

Selbstbestimmtes Leben als Ziel von Bildung – Was müssen Kinder lernen?

Tagung der Ausschüsse „Realschule“ und „Sonderschule“

22. bis 24. April 2016

Potsdam

gefördert durch das



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Inhalt

1. Tagungsergebnis in Kürze.....	3
2. Projektbeschreibung	5
3. Resolution	6
4. Orientierung mit und in Geschichte - Zur Bedeutung historischer Bildung in unsicheren Zeiten	7
5. Bildung im Kindes- und Jugendalter - Was müssen Kinder heute lernen?	9
6. Schule braucht Demokratie - Demokratie braucht Schule.....	12
7. Montessori-Oberschule Potsdam	13
8. Schülerfirma "Die Pausenfüller" - ein pädagogisches Konzept.....	14
9. Auswertung Länderberichte.....	16
10. Namen, Zahlen, Fakten	17
11. Anhang	17

1. Tagungsergebnis in Kürze

Die zweite Fachtagung des Bundeselternrats im Jahresthema 2016 „Bildungsrepublik Deutschland Teil II – Welche Bildung braucht unsere Gesellschaft?“ stand unter dem Tagungsthema „Selbstbestimmtes Leben als Ziel von Bildung – Was müssen Kinder lernen?“. Die Zukunftsfähigkeit der Bildung für unsere Kinder wurde lebhaft diskutiert. Land auf Land ab fordern die einen neue Fächer und anderen hinterfragen grundsätzlich den Nutzen von Fachunterricht. In vielen Bundesländern werden die Rahmenlehrpläne kompetenzorientiert gestaltet.

Am Beispiel des Fachs Geschichte reflektierte **Prof. Martin Lücke** die Relevanz und den Einfluss heutiger Entscheidungen auf die Bildungspolitik, indem er einige gedankliche Rechenspiele zur Länge der Auswirkungen (Dauer) heranzog. Demnach müssen wichtige Entscheidungen jetzt getroffen werden, um die zukünftigen gesellschaftlich-technischen Entwicklungen über viele Jahrzehnte vorwegnehmen zu können. Angesichts der rasanten Entwicklungen durch die Digitalisierung wurde sehr deutlich, dass dies für unser Bildungssystem eine immense Herausforderung darstellt.

Der Geschichtsunterricht soll die Kompetenz vermitteln, sich anhand von Beispielen aus der Geschichte Urteile zu bilden und sich zu orientieren. Dies ist angesichts einer immer heterogener werdenden Welt dringend erforderlich. Die Nachteile der konservativen, chronologischen Vermittlung von geschichtlichen Fakten werden dem nicht mehr gerecht. Betrachtungen im Längsschnitt sollen die geschichtlichen Erfahrungen übertragbar und auch der praktischen Bewertung der Gegenwart dienen. Jedoch stellt sich hier die Frage: Auf welche Inhalte kann oder soll in Zukunft verzichtet werden? Anhand von Darstellung von Schlüsselproblemen im historischen Kontext öffnet sich der moderne Geschichtsunterricht in viele Bereiche des Lebens: wie der Wertevermittlung, der Demokratiebildung und der Persönlichkeitsentwicklung. Ausgehend davon, dass 90 % des inhaltlich Gelernten bereits kurz nach der Schulzeit verloren gehen, stellt sich die Frage, ob diese konservative Sicht noch aufrechtzuerhalten ist.

Dr. Andreas Jantowski, Direktor des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillm) gab einen Überblick über Studien, ihre Ergebnisse und Forderungen an die Bildung von heute angereichert mit Fällen aus dem schulpraktischen Alltag. Vor dem Hintergrund der sozialen Rahmenbedingungen kann gefolgert werden, was Schüler lernen sollten und folglich auch was Schulen dazu leisten müssen. Er beschreibt die Pluralisierung der Lebensbereiche, den Verlust der zweifelsfreien Normsysteme und Werte, Auflösung der Solidarstrukturen und die Pädagogisierung vieler Gesellschaftsbereiche. Demnach sind in einer Wissensgesellschaft die Vermittlung von Orientierungswissen, personale und soziale Kompetenzen angesichts der wachsenden Fülle von Wissen und divergierender Normen und Werte zentral. Die Demokratiefähigkeit unserer Gesellschaft in all ihren Facetten rückt daher in den Fokus.

Zwei inklusiv arbeitende Schulen wurden in diesem Zusammenhang vorgestellt: Die Direktorin der jahrgangsübergreifenden und immersiv arbeitenden Montessori Oberschule Potsdam stellte eindrücklich dar, wie die Arbeit an Schlüsselkompetenzen gefüllt wird. Dabei betonte sie die Notwendigkeit mit allen Eltern professionell zusammenzuarbeiten - selbst mit den „Schwierigen“.

Am Beispiel der ebenfalls inklusiv und bis zur zehnten Jahrgangsstufe jahrgangsübergreifend arbeitenden Reinhold-Burger-Schule (Berlin) konnten sich die Delegierten einen Eindruck davon verschaffen, dass es bereits Schulen gibt, die sich weitestgehend nach den vorgestellten Forderungen das Lernen organisiert.

Das dritte Praxisbeispiel zeigt auf, wie unterstützende Strukturen für die Demokratiebildung an Schulen im Land Sachsen aufgebaut wurden.

Die Beschäftigung mit den Beantwortungen der Länderfragen durch die Bundesländer unterstützte auch dieses Mal eine vertiefte Beschäftigung mit den föderal gewachsenen Unterschieden in den jeweiligen Schulsystemen.

2. Projektbeschreibung

Jahresthema: Bildungsrepublik Deutschland Teil II – Welche Bildung braucht unsere Gesellschaft?

Tagungsthema: Selbstbestimmtes Leben als Ziel von Bildung – Was müssen Kinder lernen?

Unsere Kinder sollen in der Schule nicht nur Wissen und Fachkompetenzen erwerben, sondern auch Werte und Fähigkeiten, darunter die Fähigkeit, selbständig zu handeln und zu leben. Welche Kompetenzen sind dafür gefragt?

Immer wieder wird der Nutzen bestimmter Fächer hinterfragt. Neue Schulfächer werden eingefordert.

Die Rahmenlehrpläne in allen Bundesländern sehen vor, dass im Unterricht aller Fächer gleichermaßen fachliche und methodische wie soziale und personale Kompetenzen erworben werden.

Wie kann der Unterricht in den bestehenden Fächern so gestaltet werden, dass diese Ziele auch erreicht werden? Ist z.B. mehr Bezug zur Praxis erforderlich? Am Beispiel des Fachs Geschichte soll die Relevanz der Lerninhalte für das Leben der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers aufgezeigt werden. Warum leben wir in dem heute bestehenden geschichtlichen und politischen Kontext? Es wird deutlich, dass historische und moralische Bildung häufig zusammenhängen, auch politische Bildung braucht geschichtliches Hintergrundwissen.

Wie vermittelt die Schule praktische Fähigkeiten der Lebensführung, soziales Lernen, Lernmethoden, Konfliktlösungsstrategien und vieles mehr? Welche Aufgaben gehören überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Schule, welche in die Verantwortung der Eltern? Welche Partner unterstützen Schulen und Eltern bei diesen Aufgaben? Diese Frage wollen wir mit dem Blick auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen diskutieren.

3. Resolution

Selbstbestimmtes Leben als Ziel von Bildung – Was müssen unsere Kinder heute lernen?

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört für uns die demokratische Grundordnung mit den Prinzipien der freien und gleichberechtigten Willensbildung sowie der Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Gruppen. Demokratieerziehung beginnt im Elternhaus und gehört zwingend zum lebenslangen Lernen.

Aktuell beobachten wir einen zunehmenden Verlust von Werten in unserer Gesellschaft. Dieser führt bei unseren Kindern und Jugendlichen zu Orientierungslosigkeit und Versagensängsten. Veränderte Lebensumstände erfordern ein permanentes Umdenken bzw. eine Anpassung der Werte und der Wissensvermittlung.

Die von uns angestrebte inklusive Gesellschaft setzt die Akzeptanz jeder Verschiedenartigkeit sowie Toleranz und Respekt gegenüber allen anderen voraus. Insbesondere in Schule ist ein positives und respektvolles Lernumfeld mit entsprechenden Lehrer-Schüler-Eltern Beziehungen wichtig für den Lernerfolg unserer Kinder.

Bildungsarbeit ist immer auch Beziehungsarbeit. Nur so können Kinder und Jugendliche in Ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützt werden.

Der Bundeselternrat fordert:

- Demokratische Mitbestimmung muss als feste Größe im Schulalltag aller Beteiligten verankert sein. Dazu gehört auch die aktive Beteiligung.
- Demokratieerziehung muss fächerübergreifend in themenorientiertem Unterricht integriert werden. Im Unterricht muss dafür in den Lehrplänen für alle Jahrgangsstufen ausreichend Zeit zur Verfügung gestellt werden.
- Schule muss sich den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen und den Schüler/-innen helfen, neue Orientierungsmöglichkeiten in der sich ständig verändernden Gesellschaft zu finden. Dazu gehört es, Bildungs- und Lehrpläne regelmäßig zu aktualisieren.
- Schule muss Strategien im Umgang mit dem Anderssein entwickeln. Dies ist die Grundvoraussetzung für eine inklusive Gesellschaft und muss sich auch zwangsläufig in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte und sonstigen pädagogischen Fachkräften niederschlagen.
- Schule muss sich verstärkt auf die praxisorientierte Vermittlung von Wissen und Werten konzentrieren. Die Schüler/-innen sollen diese im täglichen Leben selbstbestimmt anwenden können.
- Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen, Eltern und Kindern bzw. Jugendlichen müssen auf Augenhöhe vereinbart und regelmäßig neu gefasst werden. Diese müssen einen stärkeren Fokus auf die Förderung von sozialen Kompetenzen legen.
- Allen an Schule Beteiligten muss für diese Aufgaben die notwendige Zeit zur Verfügung gestellt werden.
- Im Rahmen einer umfassenden Bildungsfinanzierung müssen die sächlichen und personellen Voraussetzungen unbedingt geschaffen werden.

Die aktuellen Diskussionen um immer neue Fächer, Ganztage, Inklusion und die Integration von Flüchtlingen darf nicht von der Grundproblematik des fortschreitenden Verlustes von Werten in der Gesellschaft ablenken. Gerade in solchen Zeiten ist eine durchgängige Demokratieerziehung und die Debatte über unsere Werte von überragender Wichtigkeit. Gemeinsam wollen wir ein Umdenken in unserer Gesellschaft voranbringen und wir erwarten ein Handeln seitens der Politik um auch für die kommenden Generationen ein demokratisches und selbstbestimmtes Leben sicher zu stellen.

4. „Orientierung mit und in Geschichte – Zur Bedeutung historischer Bildung in unsicheren Zeiten“

*Referent: Prof. Dr. Martin Lücke
Geschichtsdidaktik, FU Berlin*

Berlin und Brandenburg diskutieren aktuell die Umstellung der Geschichtsdidaktik von einer chronologischen Betrachtungsweise auf Längsschnitte. Der Referent erläutert die Beweggründe hinter dieser geplanten Umstellung.

Zentral ist dabei die Frage, ob historisches Lernen zur Hilfe bei der Orientierung (sowohl in der Geschichte, als auch in der Gegenwart) gedacht ist oder Fakten gelernt werden sollen.

Er stellt fest, dass die Fragen der Gegenwart, wie Umgang mit Flüchtlingen, europäische Integration, Frieden in Europa, Vielfalt und Diversität in der Gesellschaft, Hunger etc. im Fach Geschichte nur ungenügend behandelt werden. Der Geschichtsunterricht soll aber den Schüler/-innen die Kompetenz vermitteln sich anhand von Beispielen aus der Geschichte Urteile zu bilden und sich zu orientieren.

Die chronologische Betrachtungsweise urteilt aus der Gegenwart und aus unserem Kulturkreis. Das führt dazu, dass Entwicklungen vom Ende her betrachtet werden. So wird z. B. Sesshaftigkeit zum Normalfall und Nomadentum bzw. Migration wird abnorm dargestellt. Die chronologische Betrachtungsweise behindert das Geschichtslernen mehr als es dies fördert. Trotzdem scheint der „chronologische Durchgang“, eine unaufgebbare Position zu sein, gleichgesetzt mit einem Aufgeben des Geschichtsunterrichts als solches. (siehe von Borries, Bergmann/Pandel)

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist für Schüler/-innen nachhaltiger, wenn ein Bezug zur Gegenwart und zur eigenen Lebenswelt hergestellt werden kann. Dies wird umso wichtiger, wenn die Lebenswirklichkeiten in heterogenen Gruppen stark differieren. Wenn dies bei der Planung des Unterrichts adäquat berücksichtigt wird, fördert dies die Entwicklung der unterschiedlichen Persönlichkeiten und unterstützt das individuelle Lernen. So hilft Geschichte bei der Orientierung in der Gegenwart.

Geschichte ist, paradox formuliert, immer Gegenwart. Sie steht als Wissenschaft im Verhältnis zur Lebenspraxis, daher kann sie ihr gegenüber auch nicht neutral sein. Sie hängt nicht nur mit der Gegenwart, sondern auch mit der Zukunft zusammen. Geschichte als Wissenschaft wäre ohne Gegenwartsbezug nicht möglich. (siehe Buck, Büsen, Burkhardt und Mayer/Pandel)

Statt Geschichte als Abfolge von Ereignissen und Entscheidungen an begrenzten Orten zu betrachten, geben Längsschnitte die Möglichkeit Themen im Bezug zur Gegenwart im historischen Kontext zu betrachten. Dies wirft natürlich ganz neue Fragen auf: Welche Themen sollen im Geschichtsunterricht behandelt werden, wie politisch dürfen diese sein, wer entscheidet über die Themen. Gerade in unsicheren Zeiten ist es wichtig, diese Fragen mit Bedacht anzugehen.

Die Schlüsselprobleme, die Bildung gemäß Klafki ergründen soll sind: Frieden, Umwelt, Leben in der einen Welt, Technikfolgen, Demokratisierung, gerechte Verteilung in der Welt, Gleichberechtigung / Menschenrechte und Glücksfähigkeit. Diese müssten aber noch um die Standards der Inklusion erweitert werden: Ethnokulturelle Gerechtigkeit ausüben und Antirassismus stärken, Geschlechtergerechtigkeit herstellen und Sexismus ausschließen, Diversität in den sozialen Lebensformen zulassen und Diskriminierungen auch in den sexuellen Orientierungen verhindern, sozioökonomische Chancengleichheit erweitern, Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung herstellen. (Reich)

Die chronologische Betrachtungsweise kann diesen Ansprüchen nicht gerecht werden, aber auch die Prozesse des Zuschnitts der Längsschnittthemen, die diesen Ansprüchen gerecht werden, sind noch nicht abgeschlossen.

Es ist aber jetzt schon erkennbar, dass Längsschnitte im Geschichtsunterricht zu mehr Orientierungskompetenz führen, die da sind:

- Historische Orientierungskompetenz
(sich in der soziohistorisch-kulturellen Umwelt orientieren)
- Historische Gattungs-, Methoden- und Medienkompetenz
(Regularien der rationalen Erschließung vergangener Wirklichkeiten anwenden)
- Historische Sachkompetenz
(Inhalte und deren Verknüpfungen zu Begriffen und Konzepten erkennen)
- Narrative Kompetenz
(historisches Wissen als Erzählung re- und dekonstruieren)

5. Bildung im Kindes- und Jugendalter – Was müssen Kinder heute lernen?

Referent: Dr. Andreas Jantowski

Direktor des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillm)

Der Referent beginnt seinen Vortrag mit folgendem Zitat:

„Wir sollten Dinge benutzen und Mensch lieben. Die Gesellschaft ist aus den Fugen, weil wir es umgekehrt handhaben.“ (Dalai Lama)

Im Bildungswesen kommt es aus seiner Sicht nicht mehr darauf an Wissen zu kumulieren, sondern es geht um das Erlangen und Verfeinern von sozialen Kompetenzen für ein besseres Miteinander und von Kompetenzen für eine Orientierung in der Wissensgesellschaft. (Wocken, Delphi)

Die Rahmenbedingungen haben sich im 21. Jahrhundert stark verändert. Es gibt nicht mehr den einen, einfachen, Weg durch das Leben, durch die Bildungskarriere. Die Gesellschaft wird komplexer. Damit steigen die Ansprüche an Kinder, Eltern und das Bildungssystem. Es fehlt an klaren Orientierungsmöglichkeiten durch zweifelsfreie Normensysteme und Werte. Die Gesellschaft driftet auseinander, wodurch bewährte Solidarstrukturen aufgelöst werden. Zunehmend sollen diese gesellschaftlichen Probleme durch das Bildungssystem aufgefangen werden, während gleichzeitig der Einfluss der Konsum- und Medienindustrie auf die Kinder steigt. Durch die Individualisierung der Lebensläufe funktionieren die klassischen Ansätze von Bildung nicht mehr und enden auch nicht mehr mit einem klassischen Schulabschluss.

Die Gesellschaft muss sich in der Folge Wege zu einer flexiblen und mobilen Lerngesellschaft erarbeiten. Dafür müssen die Anforderungen an die Kinder angepasst und neue Prioritäten gesetzt werden. Heranwachsende und junge Erwachsene müssen lernen, die eigene körperliche Erscheinung zu akzeptieren, sich kritisch mit den eigenen Kompetenzen und Grenzen auseinandersetzen. Sie sollen eine eigene Identität ausbilden und selbstbewusst ihre eigene Sozialisation gestalten. Gleichzeitig sollen Sie eine eigene Berufs- und Lebensperspektive - samt Strategien zu deren Verwirklichung - entwickeln. Nebenbei müssen Sie sich mit ihrer Sexualität und allem, was daran hängt, auseinandersetzen und ihre Position in der Gesellschaft finden und behaupten. Sie müssen sich emotional vom Elternhaus lösen, ein eigenes Werte- und Normensystem entwickeln und sich mit Sinnfragen einschließlich der Entwicklung eines Kohärenzgefühls beschäftigen.

All dies geht nicht ohne Spuren an den Heranwachsenden vorbei. Die meisten geben an, es gehe ihnen gut, sie seien glücklich. Auch der Wunsch nach Selbstbestimmung wird immer präsenter und noch nie haben sich Eltern dermaßen an den Bedürfnissen ihrer Kinder orientiert. Allerdings hat es aber noch nie einen solchen Leistungsdruck gegeben, wie heute. Man kann aber feststellen, dass es den Kindern heute gut geht. (Andresen, Ziegler)

Kinder erleben heute ein Maximum an Behütung. Die Behütung eröffnet viele Möglichkeiten, birgt aber auch Risiken (die 1-Kind-Strategie kann z.B. zu Helikoptereltern führen) und bereits heute artikulieren ein Drittel der Kinder eine partielle Lebensunzufriedenheit, 20% zeigen deutliche Stresssymptome in Form von Depressionen, Versagensängsten und einem erhöhten Aggressionspotenzial. (Ziegler)

In den Bildungsplänen der Bundesländer spiegeln sich die neuen Anforderungen bereits größtenteils wieder: Vermittlung von Kompetenzen; Ausbildung eines selbstständig-kritischen Urteilsvermögen; Befähigung von eigenverantwortlichem Handeln und schöpferischer Tätigkeit; Verankern von Freiheit und Demokratie als die Merkmale unseres Lebens; Förderung von Partizipation; Ausbilden von Toleranz, Achtung und Respekt (hier fehlt meist die Akzeptanz); Anwendung der Friedenspädagogik und Erziehung zur Völkerverständigung; Normen- und Werteerziehung; Ausbildung der Fähigkeit und Bereitschaft zur Gestaltung von sozialen Beziehungen; Erziehung zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in der Gemeinschaft; Arbeitsmarkt- und Berufsorientierung.

Der Einfluss der Leistungsgesellschaft auf die Bildungspläne wird immer stärker. Dies ist aber nicht immer gut. Mal abgesehen davon, dass es keine klare Definition von Ausbildungs- und Studierfähigkeit gibt, ist die enge Zielsetzung darauf eine unzulässige Reduktion auf ökonomisch verwertbare Qualifikationen. Statt klassischer Sekundärtugenden sollen jetzt Schlüsselqualifikationen vermittelt werden. Auch Fremdsprachen, Medienbildung und Computerbeherrschung sind eher externe Anforderungen.

Gemäß Heymann versteht man unter einer Kompetenz ein Bündel von Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten, das eine Person in die Lage versetzt, bestimmte Situationen erfolgreich zu bewältigen. Basiskompetenzen im Speziellen sind inhaltsbezogene oder allgemeine Kompetenzen, die grundlegend und unverzichtbar für schulisches Lernen und/oder das Handeln im privaten und beruflichen Alltag sind.

Lernkompetenz als Grundlage von Handlungskompetenz ist die zentrale Kompetenz, die einem Heranwachsenden vermittelt werden muss. Dazu gehören die Sachkompetenz (Kenntnisse und Wissen, Erlernen, Wiedergeben, Verstehen, Anwenden, Überprüfen, Problemlösen), die Methodenkompetenz (Gezieltes effizientes Arbeiten; Informationsbeschaffung, -auswertung, -bewertung und Präsentation/Darstellung; Beherrschung von Arbeitsweisen) die Selbstkompetenz (Sorgfalt, Verlässlichkeit; begründetes Urteilsvermögen; eigene begründete Einschätzung; Hinweise aufnehmen, Kritik verarbeiten) und die Sozialkompetenz (Wissen über soziales, eigenes Tun, eigenes Erleben; Zusammenarbeit mit anderen; Übernahme von Verantwortung; Kommunikations-, Diskussionskultur; Konfliktbewältigung, Zusammenleben).

Schule stärkt diese Kompetenzen vornehmlich durch Ansprechen des prozeduralen Gedächtnisses, es wird also sehr viel über konstruktiv kritische Wiederholung gelernt (siehe Schwimmen oder Radfahren).

Beim Lernen an sich wird unterschieden zwischen wissensbasiertem Lernen (Verstehen, Erklären, Urteilen), methodisch-strategischem Lernen (Planen, Ordnen, Gestalten), sozial-kommunikativem Lernen (Zuhören, Diskutieren, Präsentieren) und affektivem Lernen (Spaß, Identifikation, Werte).

Klafkis Ansprüche an Bildung gelten leicht angepasst auch heute noch. Es gibt die kognitive Dimension (Erkennen und Denken, Prozeduren und Instrumente, Rationalität und Vernunft und Reflexion), die praktische Dimension (praktisch verwertbare Fähigkeiten, Berufsbezug), die moralische Dimension (wertegeleitete Handlungsbereitschaft und Fähigkeit, moralische Verantwortlichkeit) und die ästhetische Dimension (Kreativität, Geschmack, Genussfähigkeit, Empfindungsvermögen).

Die neuen Ziele von Bildung sind auch die Verbesserung der Gesellschaft. Dazu gehören Mündigkeit, Demokratiefähigkeit und Partizipation, Respekt und Achtung gegenüber allen Mitmenschen, gesellschaftliche Rechte und Pflichten und der Wandel von der Toleranz zur Akzeptanz.

In Zeiten der Inklusion sind diese Ziele aber nicht für alle gleichermaßen erreichbar. Deshalb benötigen wir ein geeintes Bildungsminimum, z. B. Lesen, Schreiben, Rechnen sowie Alltagssprache und elementare gesellschaftliche Umgangsformen. Das Dekret des Bildungsmaximums (Allgemeinbildungen) ist in der Lerngesellschaft so nicht mehr zu halten. Es gibt viel mehr Kompetenzen, Tugenden und Qualifikationen die gelernt werden könnten, und es auch wert wären zu lernen, als Zeit in der Schule zur Verfügung steht. Der aktuelle Auswahlprozess ist eher willkürlich und nicht an den individuellen Bedarfen und Fähigkeiten der Heranwachsenden orientiert. Es ist wichtig Unterschiede und Individualität im Lernprozess zuzulassen. Umso wichtiger wird dann die sichere Vermittlung von Basiskompetenzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass niemand zurückgelassen wird.

Baden-Württemberg hat darauf bereits ansatzweise reagiert und trennt nicht mehr nach Lehrplänen und Bildungsplänen, stattdessen gibt es nur noch einen Bildungsplan, der die Ansprüche des Kindes und seiner individuellen Entwicklung hervorhebt. Solche Veränderungen im Bildungssystem werfen natürlich neue Fragen auf. Was muss Bildung tun um Menschen, auch jenseits des Berufslebens, eine Perspektive und Orientierung zu geben? Wie muss das Bildungsminimum definiert sein, um Lernen nach der Schule zu ermöglichen? Und allen sollte klar sein, dass Schule die Gesellschaft nicht heilen kann, sie kann nur die dazu nötigen Grundlagen legen. Die ursprüngliche Frage nochmal aufgreifend soll ein Zitat von Prof. Dr. Gerd Gigerenzer versuchen eine Antwort zu geben:

„Wir müssen lernen, mit Unsicherheiten zu denken. Kinder sollten schon früh lernen, mit Unsicherheiten konstruktiv umzugehen ... Es geht darum, nicht ängstlich mit potentiellen Risiken umzugehen, sondern eher interessiert und gespannt ... Die Schule müsste man in gewisser Weise revolutionieren und mehr Wert auf selbstständiges Denken, Kreativität und Problemlösungen legen, weniger auf sture Faktenvermittlung. Und schon Kinder können lernen, Risiken und Wahrscheinlichkeiten einzuschätzen. Es geht vor allem darum ... Informationen aus den Bereichen Gesundheit, Geld und digitale Medien einordnen zu können ...Lernen ist ein fundamental sozialer Prozess.“

6. Schule braucht Demokratie – Demokratie braucht Schule

Referentin: Heike Nitzsche (Beraterin für Demokratiepädagogik in Sachsen)
128. Mittelschule Dresden

Die Referentin ist Mitglied in „Die Demokratiepädagogen im Freistaat Sachsen“ und Lehrerin für Deutsch und Gemeinschaftskunde. Sie wirft in ihrem Vortrag die Frage auf, wie demokratisch Schulen sein müssen, um Demokratie vermitteln zu können. Unabhängig vom Bildungsziel „Demokratievermittlung“ müssen Schulen ein demokratischer Ort sein, um den Jugendlichen einen Weg zu einem selbstbestimmten Leben zu gewähren.

Sie berichtet vom BLK-Modellversuch „Demokratie lernen und leben“, der von 2002 bis 2007 stattfand. In mehreren Modulen (Unterricht; Schule als Demokratie; Partizipation und Schule in der Demokratie) wurden Lehrer/-innen, Sozialarbeiter/-innen und Mitglieder der Schulaufsichten zu Demokratiepädagogen und -pädagoginnen ausgebildet. Die Schwerpunkte der Ausbildungsmodule lagen bei der Selbstwirksamkeitsförderung und der Werte- und Moralerziehung, CivicEducation - dem Training von Zivilcourage, Konfliktberatung und Schulentwicklung, Projektdidaktik sowie Menschenrechte und kulturelle Differenzen.

Im Freistaat Sachsen wurden den Demokratiepädagogen und -pädagoginnen Unterstützungssysteme, wie Unterrichtsentwickler, Supervisoren, Mediatoren und Elternmitwirkungsmoderatoren zur Verfügung gestellt. Diese erhalten über die sächsische Bildungsagentur ihre Arbeitsaufträge. Von ursprünglich elf sind 2016 leider nur noch sechs Lehrer/-innen als Demokratiepädagogen und -pädagoginnen in Sachsen im Einsatz. Sie verteilen sich auf drei Regionalstellen und erhalten jeweils vier Anrechnungstunden pro Woche. Sie bieten insbesondere Partizipationsprojekte in den Schulen an. Ziel ist „den/die Schüler/-in als eigenverantwortlichen Akteur/-in in Schule“. Anhand von Beispielen wurde die Umsetzung anschaulich dargestellt. Die anfangs gestellte Frage „Braucht Schule nun Demokratie und die Demokratie die Schule?“ konnte als erfolgreich durch die Schüler/-innen beantwortet werden:

„Ja, für ein Leben in einer Demokratie. Demokratieerziehung kann sich nicht auf zwei Stunden Politikunterricht beschränken, denn erst, wenn ich gespürt habe, was Demokratie ist, wenn ich an diesen Prozess mit Verantwortung beteiligt war, kann ich mich auch in Zukunft dafür einsetzen.“

Dies entspricht auch den Thesen von Prof. Dr. Edelstein:

„Demokratie lernen ist keine Nebenaufgabe, die gleichsam außerhalb des Ernstfalls als sozialer Klimbim auf einem Nebenschauplatz der Kuschelpädagogik für den schönen Schein anfällt. Demokratie in der Schule ist der Ernstfall und sie muss ins Zentrum der Aufgabe gestellt werden, die Schule überhaupt zu erfüllen hat. Schüler sollen für das Leben lernen und es ist die Aufgabe der Schule, sie dabei zu unterstützen.“ und *„Das Kerngeschäft der Schule ist nicht der Unterricht, sondern das Lernen!“*

In der Diskussion im Anschluss an den Vortrag wurde einhellig festgestellt, dass eine Übertragung dieser Konzepte auf die Grundschule für sinnvoll erachtet wird.

7. Montessori-Oberschule Potsdam

Referentin: Ulrike Kegler

Schulleiterin der Montessori-Oberschule Potsdam

Die Montessori Oberschule Potsdam ist eine kombinierte Grund- und Gesamtschule, die aus einer ehemaligen „Polytechnischen Oberschule“ hervorgegangen ist. Sie folgt der Montessori-Pädagogik und befindet sich in Potsdam in der Nähe des Parks Sanssouci. Im Dezember 2007 zählte die Oberschule zu den Preisträgern des „Deutschen Schulpreises“. Die Schule ist Mitglied im Schulverbund 'Blick über den Zaun'.

Der Bundeselternrat steht bereits seit Längerem im Kontakt zur Montessori-Oberschule Potsdam, so gab es 2014 eine Besichtigung der Schule um ein Bild des dortigen Ganztagskonzeptes zu erhalten.

Beschreibung der Schule:

Die Schüler gehen in bis zur zehnten Klasse zunächst in drei Jahrgängen (Primarstufe), später in Doppeljahrgängen (Sek. I) zusammengefassten jahrgangsübergreifenden Lerngruppen. Bis zur achten Klasse wird verbal beurteilt. Schlüsselkompetenzen, die besonders gepflegt werden sind: Mut, Motivation, Neugier, Kreativität, Beteiligung, Durchhaltevermögen, Resilienz, Kritik- und Konfliktfähigkeit, Selbstständigkeit, Verantwortung, Empathie, Flexibilität und Spontaneität. Ganz pointiert wird dies in Schülerworten zusammengefasst, mit den drei Leitfragen: „Wer bin ich, was kann ich und was will ich können?“, d. h. das „Über-sich-selbst-Wissen“ wird hier großgeschrieben. Besonders die Fehlerkultur wird gepflegt: „Fehler machen – üben!“. Die an dieser Schule gepflegte Inklusionsstrategie ist **submersiv**.

Die Zusammenarbeit von Schule und Eltern steht im Zentrum des Schulkonzeptes. Die Beziehung ist wechselseitig. Schule braucht das Wohlwollen der Eltern, um Inhalte und Kompetenzen vermitteln zu können, da die Eltern-Kind-Beziehung stärker ist und Schule immer den Kürzeren ziehen würde. Die Referentin beobachtet häufig, dass je weniger die Eltern ihrer Elternschaft nachkommen, umso stärker die Bindung der Kinder zu den Eltern wird. Daher sei der größte Fehler, den Schulen machen könnten, Fehler zu bestrafen. Eltern sind im Bildungssystem eine wichtige Kraft. Schule muss Eltern darin unterstützen wieder mehr für ihre Kinder da zu sein. Dazu gehört die Demokratieerziehung der Schüler (und Eltern).

Die Kommunikation zwischen Schule und Eltern ist keine pädagogische. Schule unterstützt Eltern in ihrem Erziehungsauftrag und erweitert diesen um die Aspekte, die sich aus dem Bildungsauftrag ergeben.

Sie richtet daher folgende Aufforderungen „an die Eltern“:

- eigene Erfahrungen mit der Schule in der Vergangenheit ins „Heute“ transformieren!
- nicht einseitig zum Kind stehen!
- mit dabei sein, wenn es um Hausaufgaben geht (Umfeld schaffen)!
- Kritikfähigkeit zu sich und seinem Kind entwickeln (Blickwinkelwechsel)!

8. Schülerfirma „Die Pausenfüller“ – ein pädagogisches Konzept

Referent: Guido Landreh

Schulleiter der Reinhold-Burger-Schule, Integrierte Sekundarschule, Berlin

Die Reinhold-Burger-Schule ist heute eine Integrierte Sekundarschule mit gebundenem Ganztagsbetrieb in Berlin. Sie ist eine Schule mit einem werteorientierten, gesellschaftlich-kulturellen Schulprofil. Der Schwerpunkt dieser Schule liegt im „situierten“ und projektorientierten Lernen.

methodenpool.uni-koeln.de/situierteslernen/frameset_situiertnetz.html

Der pädagogische Schwerpunkt dieser Schule ist auf die Entstehungsgeschichte dieser Schule zurückzuführen. In der Vergangenheit war sie Versuchsschule für Schüler mit besonderen Schullaufbahnen. Der Unterricht wurde speziell auf diese Schüler zugeschnitten und ist sehr stark praktisch orientiert. Nur vor dieser besonderen Schulvergangenheit und nunmehr als „ganz normale“ Sekundarschule, die zu allen Schulabschlüssen führt, ist diese besondere Profilbildung aus heutiger Sicht überhaupt nachzuvollziehen. In dieser Schule wird der Unterricht kompetenzorientiert gedacht. Wissen wird aktiv durch Handlungen und Erfahrungen generiert. Dieses gilt auch für die Wertebildung.

„Wenn wir verschiedene Forderungen des situierten Lernens zusammenfassen, dann könnte sich vor allem folgende vereinfachte Liste ergeben: "Lernende sollen untersuchungsähnliche Beobachtungen, Explorationen, gegenseitigen Austausch, Evaluationen durchführen; sie sollen in einer motivierenden Lernumgebung entdeckendes Lernen praktizieren, wobei der Erwerb neuen Wissens dominant sein soll; ein diskursives Verständnis und eine gemeinsame Wissensaneignung sind erwünscht; Partizipation ist ein Schlüssel zum erfolgreichen Lernen; bei geleiteter Instruktionspraxis muss Anschluss an bisheriges Lernen gehalten werden und neue Situationen müssen neues Lernen provozieren.“ (Aus Reich: Konstruktivistische Didaktik)

Der Referent und Lehrer an dieser Schule berichtet von den Erfahrungen mit der schuleigenen Schülerfirma, die mehr als pädagogisches Konzept als einem klassischen Element der Berufsorientierung einzuordnen ist. An drei Tagen in der Woche sind die Schüler/-innen im Betrieb, lediglich an zwei Wochentagen besuchen sie die Schule. Diese Form des „im Leben Lernens“ ist nicht gleichartig aber gleichwertig zum „normalen“ System.

„Lernen geht nicht nur über Wissen.“ (Spitzer)

Die Bildung eines Menschen kann anhand verschiedener Messwerte erhoben werden: Wissen, Kompetenzen, Werte, ..., Erfahrung. Eben jene Erfahrung kann Unterricht nicht vermitteln. Dies gilt umso mehr, wenn der Unterricht nicht gut vorbereitet ist, was in diesem Fall bedeutet: nicht auf die individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten der Schüler*innen eingeht. Der Schülerfirmen gelingt deutlich besser.

Trotzdem vermitteln Schülerfirmen und Praktika klassische Kompetenzen und Wissen. Präsentationen erleichtern allein schon durch das Stellen von Fragen den Wissenserwerb. Außerdem ist das reflektierte Erfahrungswissen gegenüber dem vorgetragenen Wissen überlegen. Das Angebot richtet sich hierbei an alle Schüler/-innen der Schule – nicht nur den sogenannten Praxis-Klassen“ - und diesen steht weiterhin jeder Schulabschluss offen.

Passend dazu lautet das Leitmotiv der Schule: *„Verantwortung nehmen und Herausforderungen meistern“*.

9. Fragen an die Elternvertretungen der Länder

Die Antworten auf die Länderfragen dienen der Vorbereitung der Fachtagung. Manche Landeselternvertretungen recherchieren selbst, andere leiten die Fragen an ihr Kultusministerium weiter; die meisten tun beides.

1. Welche Kompetenzen, Fähigkeiten, Fertigkeiten, die in der Schule und im Unterricht erworben werden sollen, sehen Schulgesetze und Lehrpläne in Ihrem Bundesland vor?
2. Gibt es in Ihrem Bundesland Fächer, die in den letzten Jahren neu hinzugekommen sind? Plant Ihr Bundesland die Einführung neuer Schulfächer, z.B. Medienkompetenz, Alltagswissen, Lebensführung oder ähnliches?
3. Inwieweit werden Schüler an demokratischen Prozessen beteiligt? Gibt es Projekte zur Demokratieerziehung an Ihren Schulen?
4. Wie werden Eltern dabei unterstützt, ihre Kinder auf dem Weg zur Selbstständigkeit positiv zu begleiten? Gibt es Unterstützungsangebote für Eltern, insbesondere für unsere Eltern oder Eltern in schwierigen sozialen Situationen?

10. Namen, Zahlen, Fakten

Ort: Potsdam

Zeit: Freitag 22.04.2016, 16:00 Uhr, bis Sonntag 24.04.2016, 12:00 Uhr

Leitung der Tagung: Evelin Becker, Vorstandsmitglied für Finanzen
Andrea Spude, stellvertretende Vorsitzende

Protokoll: Hessen

Referenten:

- Prof. Dr. Martin Lücke, Geschichtsdidaktik, FU Berlin
- Dr. Andreas Jantowski, Direktor des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillm)
- Heike Nitzsche, 128. Mittelschule, Dresden
- Ulrike Kegler, Schulleiterin der Montessori-Oberschule Potsdam
- Guido Landreh, Schulleiter der Reinhold-Burger-Schule, Integrierte Sekundarschule, Berlin

Resolution:

Der BER hat die Resolution per E-Mail an alle Mitglieder und an weitere Empfänger geschickt, u. a. Ministerien, Verbände und Medien, mit der Bitte, sie weiterzuverteilen. Sie steht auf der BER-Website und ist Teil der Dokumentation.

Dokumentation:

Diese Dokumentation steht im internen Teil der BER-Website zum Herunterladen bereit. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung erhält die Dokumentation in vierfacher Ausfertigung.

Finanzierung:

Die Tagung wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Redaktion der Dokumentation:

Pierre Hansen, Delegierter im Hauptausschuss Bremen
Erika Takano-Forck, stellvertretende Vorsitzende

11. Anhang

Die folgenden Dateien finden Sie aus Platzgründen nur im internen Teil der BER-Website. Sie können sie auch als PDF in der Geschäftsstelle anfordern.

- Ausführliche Antworten auf die Fragen an die Elternvertretungen der Länder
- Vorträge als Präsentation